



SÜDOSTEUROPA-
GESELLSCHAFT

Internationales Symposium

**Vor- und Gründungsgeschichte der
Südosteuropa-Gesellschaft:
Kritische Fragen zu Kontexten und Kontinuitäten**

16./ 17. Dezember 2013

Carl Friedrich von Siemens Stiftung, München

Milan Ristović *

**Zwischen Interessenkonflikt und Zusammenarbeit:
Die (politisch-)wirtschaftlichen Institutionen für Südosteuropa während
des Zweiten Weltkriegs (MWT, SOEG, SA RGI)**

Eines der Charakteristika der nationalsozialistischen politischen und wirtschaftlichen Politik und der deutschen Wirtschaftsstrategie gegenüber Südosteuropa vor dem Zweiten Weltkrieg war das Vorhandensein von Organisationen und Gesellschaften, die sich die Werbung für den deutschen wirtschaftlichen Vorrang in der Region zum Ziel gesetzt hatten. Die Zeit ihrer Entstehung, die Zusammensetzung der Mitglieder, die Auffassungen über ihre Strategie und ihre Aktivitäten, die Organisierung, die Verbindungen zwischen der staatlichen Bürokratie und den Parteispitzen sowie die Reichweite ihrer Macht, die sie ausstrahlten, zeugen von ihren Unterschieden, aber gleichzeitig auch von ihrer Ähnlichkeit.

Sie haben als Vermittler Ideen zur Notwendigkeit der (Wieder-)Belebung des Großraumes sowie der Erfassung des südöstlichen „Ergänzungswirtschaftsraumes“ verbreitet, indem sie diese in dem Maße umgestalteten, wie sie ihren Auffassungen und ihrem Gruppeninteresse entsprachen. Im Krieg kam jedoch die wahre Haltung gegenüber der Verwirklichung der Kriegsziele zum Ausdruck – der kurzfristigen sowie derjenigen, die mit der unbestrittenen Vorherrschaft Deutschlands in der Zukunft zu tun hatten. Die Organisationen wollten durch ihren Beitrag und ihre planerischen Tätigkeiten sowie mit ihren Bestrebungen dazu beitragen, dass es zur Entstehung von Bedingungen für die Realisierung der Ziele käme. Demzufolge ist es möglich, am Beispiel der auch in Südosteuropa bekanntesten Organisationen das spezifische Verhalten hinsichtlich der Planung, bzw. der Entstehung von Plänen, und deren (erfolgreiche) Realisierung aufzuzeigen.

Mitte der 1920er Jahre entstanden in Österreich und Deutschland eine Reihe von Organisationen mit dem Ziel, Hilfe zu leisten bei der Wegbereitung für die erneute Festigung

* Prof. Dr. Milan Ristović, Jahrgang 1953, ist Professor für Allgemeine Zeitgeschichte an der Universität Belgrad. Der vorliegende Beitrag ist die überarbeitete Fassung seines Vortrags beim internationalen Symposium der Südosteuropa-Gesellschaft zum Thema „Vor- und Gründungsgeschichte der Südosteuropa-Gesellschaft: Kritische Fragen zu Kontexten und Kontinuitäten“ (Redaktion des Beitrags: Dr. Claudia Hopf, Gudrun Kuhlmann).

des politischen und wirtschaftlichen Einflusses in Südosteuropa. Zahlreiche Organisationen wirkten auch an der Annäherung zwischen Österreich und Deutschland mit, wobei sie gleichzeitig ihre Ansprüche zur Ausbreitung des „deutschen“ (des deutschen und österreichischen) Einflusses tiefer in den Donauroum hinein zum Ausdruck brachten. Nur einige von ihnen seien hier genannt: Österreichisch Deutscher Volksbund e.V., Deutsch-österreichische Arbeitsgemeinschaft, Deutscher Wirtschaftsverband für die Österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten, Studiengemeinschaft für Mittel- und Südosteuropa, Mitteleuropa-Institut, usw.¹

Als Ausdruck des gesteigerten Interesses für diesen Teil des europäischen Kontinents, der Ende der 1920er Jahre (große Wirtschaftskrise!) für die deutschen Wirtschaftskreise zunehmend interessanter wurde, kam es zur Gründung von Schwerpunkten auch an einzelnen deutschen Universitäten, die auf die interdisziplinäre Erforschung des Südostens ausgerichtet waren (wie z. B. 1928 das Institut für Mittel- und Südosteuropäische Wirtschaftsforschung an der Universität Leipzig). Von seiner Gründung bis zum Kriegsende wurde es von bekannten Kennern Südosteuropas geleitet: Erich Dittrich Wiedenfeld, Hermann Gross, H. J. Seraphim.² Die im Jahr 1918 gegründete Breslauer „Ost- und Südosteuropaforschung“ sollte mit ihren Forschungen ebenfalls ein breites Gebiet östlich und südöstlich der deutschen Grenzen abdecken.³

Einen ganz anderen Charakter hatte die Organisation in Wien, die vier Jahre vor dem Leipziger Institut entstanden war: Der „**Mitteleuropäische Wirtschaftstag**“ (weiter **MWT**), der seine Sektionen in Berlin und Budapest hatte und später eine wichtige Rolle in der deutschen Wirtschaftsoffensive im Osten spielte. Ursprünglich „Mitteleuropäischer Wirtschaftsverein“ genannt, unterlag er sehr schnell der Macht und dem Einfluss deutscher Wirtschaftskreise, die seine Berliner Filiale an die Stelle des Zentrums erhoben, indem sie Wien in den Hintergrund drängten, das von seiner Provinzialisierung eingeengt wurde. Die 1930/31 erfolgte Reorganisation, als an die Spitze der Organisation als Landesrat der Vorsitzende des Aufsichtsrates der „Friedrich Krupp AG“, Tilo Freiherr von Wilimowsky, trat, war das Zeichen, dass es zu einer allgemeinen Wirtschaftsmobilisierung für den geplanten offensiven Vorstoß in den Donauroum gekommen war.⁴ Die Veränderungen, die – praktisch gesehen – von Max Hahn aus dem Düsseldorfer „Langam-Verein“ durchgeführt wurden, bedeuteten auch eine Anpassung an die erfolgreichere Aktivität zur Verwirklichung der Großraumwirtschafts-Idee, deren erster Schritt die Schaffung einer deutsch-österreichischen Zollunion als „Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung im Donauroum“ und die

¹ Heinz Barsche, Der „Mitteleuropäische Wirtschaftstag“. Zur Ost- und Südosteuropa-Politik des deutschen Imperialismus in Vorbereitung des Münchener Abkommens; in: Deutsche Außenpolitik V, Jg. 1960, Heft 11, S. 1296.

² Erich Dittrich, Das Institut für Mittel- und Südosteuropäische Wirtschaftsforschung an der Universität Leipzig; Ostraum Berichte, Neue Folge 1/1942, S. 104-109.

³ Zur Arbeit dieser Organisation siehe: Andelin Gobely, „Die Breslauer Ost- und Südosteuropaforschung – eine staatsmonopolistische Einrichtung zur Unterstützung der faschistischen Expansion 1938 bis 1945“; Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1973/III; Carl Freitag, Deutschlands „Drang nach Südosteuropa“. Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag und der „Ergänzungsraum Südosteuropa“ 1933-1945, Göttingen 2012.

⁴ G. Hallgarten / J. Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt am Main/Köln, S. 213; H. Barsche, ebd. S. 1297. – T. von Wilimowsky hatte während des Weltkrieges das Amt des Chefs der Zivilen Kanzlei des Generalgouvernements Belgien inne; nach dem Zweiten Weltkrieg war er Mitglied des Aufsichtsrates der Südamerikanischen Bank in Hamburg.

Erneuerung der „Machtstellung“ in Südosteuropa sein sollte.⁵

Der MWT hatte sich zum Ziel gesetzt, den Einfluss der westeuropäischen Staaten und der USA aus ganz Südosteuropa zu verdrängen, ebenso wie an der Sicherstellung der Rohstoffgrundlage in diesem Gebiet für die deutsche Wirtschaft zu arbeiten. „Auf dem Wege der Erforschung der Sachlage (des Zustandes) der Rohstoffe und deren Absatzes in engem Kontakt mit den Regierungen und Wirtschaftskreisen dieser Länder, durch Reisen, durch Forschungen und Memoranden, hatte diese neue Organisation zu einer Zeit, da alle Wirtschaftskreise zu ihrer Höchstleistung strebten, versucht, durch planmäßige Arbeit auf lange Sicht die Grundlage für eine langfristige Zusammenarbeit Deutschlands mit den südosteuropäischen Ländern zu schaffen“, schrieb 1941 über den MWT Anton Reithinger, Leiter der Abteilung für Volkswirtschaft der „IG Farbenindustrie AG“.⁶

Seit den ersten Tagen der nationalsozialistischen Herrschaft trat der MWT mit Vertretern des neuen Regimes in Verbindung, indem er seine uneingeschränkte Bereitschaft zeigte, sich zur Verfügung zu stellen, und indem er seine Wirtschaftsziele und Auffassungen in die nationalsozialistische Planungspolitik gegenüber dem Südosten und weiter einfügte.⁷

An der Spitze des MWT waren seit Anfang der 1930er Jahre Persönlichkeiten tätig, die auch in der Zeit der NS-Diktatur Schlüsselpositionen in der deutschen Wirtschaft einnahmen. Nur um einige der bekanntesten zu erwähnen (außer dem Präsidenten T. von Wilimowsky): Max Illgner, Vizepräsident des MWT, Verwaltungsmitglied der IG Farbenindustrie AG, Mitglied des Kuratoriums des MWT; Hermann Josef Abs, Direktor der Deutschen Bank; Wilhelm Zangen, Vertreter des „Mannesmann“-Konzerns; Carl Goetz, Verwaltungsmitglied der Dresdner Bank; Philip Reemtsma, Eigentümer des größten deutschen Tabakkonzerns und Finanzier, usw. Unmittelbar vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, im Jahr 1938, hatte der MWT 60 Mitglieder: aus dem Bund, aus Vereinen, Instituten, Handelskammern, Firmen sowie Einzelpersonen; wobei im Jahr 1941 diese Zahl auf 84 anwuchs, was den zunehmenden Einfluss der Organisation und das zunehmend größere Interesse für Aktivitäten im Südosten beweist.⁸

Anfang 1940 trat der MWT mit seinen „Vorschlägen für eine neue deutsche Politik des

⁵ Zur internationalen Tätigkeit des MWT vgl.: Wolfgang Schumann, „Aspekte und Hintergründe der Handels- und Wirtschaftspolitik Hitler-Deutschlands gegenüber Jugoslawien“. In: *The Third Reich and Yugoslavia 1933-1945*, S. 221-239; auch: Andrej Mitrović, „Die wirtschaftlich-politische Auffassung von Südosteuropa in der Weimarer Republik“; *Balkanica*; XII/1981, S. 163, 169.

⁶ *Südost-Economist*, Nr. 22 vom 24. Oktober 1941. Dr. Anton Reithinger, „Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag als Mittler der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und dem Südosten“.

⁷ *Weltherrschaft im Visier*, Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Hrg. von Wolfgang Schuman und Ludwig Nestler und anderen, Berlin 1975, Dok. 88. Rundschreiben der deutschen Gruppe des MWT, 10. April 1933, über Verhandlungen mit der NSDAP; S. 232 f.; ebd., Dok. 93, Aus der Niederschrift über die Mitgliederversammlung der Deutschen Gruppe des MWT..., 7. Dez. 1936, S. 242 f.

⁸ Wolfgang Schumann, *Griff nach Südosteuropa: Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im Zweiten Weltkrieg*. Deutscher Verlag der Wissenschaft 1973, S. 53. – Unter ihnen waren auch: die Bergbau- und Hüttenwerke-Gesellschaft „Didier-Werke AG“, „Demag AG“, „Deutschen Kalisyndikat GmbH“, „Deutsche Waffen und Munitionsfabriken AG“, „Philip Holzmann AG“, „Klößner-Humboldt-Deutz AG“, „Knorr Bremse AG“, Salzdettfurth AG Bergbau- und Hüttenbetrieb“, Siemens Halske AG“, Stickstoff-Syndikat GmbH“, „Telefunken Gesellschaft für drahtlose Telegraphie GmbH“, „Wiener Allianz Versicherung AG“, „Stahlwerkverband AG“, „Schering AG“, etc.

Kapitals im Südosten“ hervor, die im Zentrum der Diskussionen auf der in Berlin am 17. Mai 1940 abgehaltenen Versammlung der Organisation stand. Mit Hilfe ihrer „Ländergruppen“ in Bulgarien, Rumänien und Ungarn wurde weiterhin der Weg für den Einfluss der Organisation und der deutschen Wirtschaft geebnet. Im Rahmen der Organisation gab es auch Beratung über Fragen des Bankwesens, der Industrie, der Landwirtschaft, des Verkehrs sowie einen Volkswirtschaftlichen Ausschuss. Anfang September 1940 wurde ein Kuratorium aus 18 Mitgliedern gegründet, unter dessen Aufsicht die Tätigkeit der anderen Organe des MWT (Beiräte) gestellt wurde.⁹

Der Vizepräsident des MWT, Max Ilgner, vertrat in Wien anlässlich der Vorstellung des Programms und der Strategie der Organisation die These über den „Lebensraum“ als einen „gegenseitigen wirtschaftlichen Ergänzungsraum“, in dem er diese beiden Begriffe gleichsetzte: „Lebensraum = gegenseitiger wirtschaftlicher Ergänzungsraum“. Er behauptete, dass, „wie Italien besondere Interessen im Mittelmeer hat, Japan im Fernen Osten, oder die USA auf dem gesamtamerikanischen Kontinent“, so besäßen „im Rahmen der gesamt-europäischen Interessen Deutschlands die Länder Südosteuropas eine besondere Bedeutung“.¹⁰

Dem MWT kam die Rolle eines der wichtigsten Vermittler und Instrumente des deutschen Privatkapitals bei der Anwerbung von Mitbeteiligungen zur Ausbeutung und Erschließung neuer Erzvorkommen zu. Der MWT war Begründer der „Montanie AD“ und der „S. A. Mines de Lisa“ zur Erforschung und Ausbeutung von Antimon in Serbien sowie in Bulgarien der Bleierzgrube Pirin, die Mitte 1940 von der „PREUSSAG“ und der „Osteuropäischen Handelskompanie“ übernommen wurde.¹¹ Beide beschäftigten sich überwiegend mit dem Export und Handel dieses Erzes. Im Lauf der Jahre 1940/41 bei Gesprächen mit italienischen Wirtschaftlern erläuterten MWT-Mitglieder als inoffizielle „Vertreter des Reiches“ den Wirtschaftsplan von RM Funk zur Errichtung einer „neuen europäischen Wirtschaftsordnung“. Zu dieser Zeit entstand auch die umfangreiche Analyse über den Zustand und die Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen des Reiches und Italiens im Südosten, deren Verfasser Ulrich von Hassell, Mitglied des MWT-Präsidiums, war. Von Hassell hatte im September 1941 auch ein weiteres umfangreiches Dokument über die Perspektiven der künftigen Entwicklung der deutsch-südosteuropäischen Beziehungen verfasst.

Von Hassell selbst vertrat in seinem Memorandum die Ansicht, dass nach einem erfolgreich beendeten Krieg Deutschland und seinen Verbündeten als dringlichste Aufgabe bevorstehe, „die Ordnung in den wichtigen und wirtschaftlich führenden Teilen des europäischen Kontinentes in die eigenen Hände zu nehmen“. Allem Anschein nach war 1941 sowohl für Südosteuropa als auch für den MWT selbst ein Umbruchjahr.¹² Denn während der MWT bis

⁹ Griff nach Südosteuropa ..., Dok. Nr. 2, Aus dem Sondergutachten des MWT, Februar 1940, S. 71-75; auch: IWW Kiel, Südosteuropa. Vorschläge für eine neue deutsche Kapitalpolitik. Sondergutachten des MWT, Februar 1940.

¹⁰ IWW Kiel, Wiener Tagung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages. Wien, 2. Sept. 1940.

¹¹ IWW Kiel, Mitteleuropäischer Wirtschaftstag, Zwischenbericht über laufende Arbeiten und Ausgaben, Februar 1941. – Zu Antimon und dessen Vorräte in Jugoslawien: IWW Kiel, MWT Südosteuropa. Materialien zur Bergwirtschaft. Die Antimonerzvorkommen des ehemaligen Jugoslawiens, Bulgariens, Griechenlands und der Türkei, von Dr. Ing. Felix Hermann, Berlin, November 1941.

¹² BA MA, RW 19 Anhang I/1945, Südosteuropa. Bemerkungen zum Ausgleich der deutschen und italienischen Wirtschaftsinteressen, Januar 1941; Anatomie der Aggression ..., Dok. 30. Denkschrift von Ulrich von Hassell, September 1941, S. 137-148.

Anfang 1940 Wortführer war, wenn es um die Beschäftigung mit Südosteuropa ging, hatte sich die Situation sehr schnell zu seinen Ungunsten geändert – durch die Gründung einer weiteren spezialisierten Organisation: Im Februar 1940 schuf das Reichswirtschaftsministerium die **Südosteuropa-Gesellschaft – SOEG – mit Sitz in Wien**, wo nach dem Anschluss nun eines der Zentren des Reiches entstand und das die Chance für die Rückkehr zu seiner ehemaligen Bedeutung gerade in der Stärkung seiner Bindung zu seiner südöstlichen Nachbarschaft sah.¹³

Dietrich Orlow war der Ansicht, dass man die Aktivitäten der SOEG nur vor dem breiten Hintergrund derjenigen Folgen betrachten könne, die ein Ergebnis des nationalsozialistischen Prozesses der Zerstörung des traditionellen deutschen bürokratischen und administrativen Systems waren. Die SOEG entstand im nationalsozialistischen „neofeudalen Milieu“ und hat sich dort entfaltet, indem sie viel Energie für den Kampf mit konkurrierenden Organisationen einsetzen musste und sich schnell verwandelte, nachdem sich gezeigt hatte, dass sie im nationalsozialistischen bürokratisch-institutionellen Dschungel mit Erfolg die Stelle einer Agentur ersten Ranges erringen konnte. Im Unterschied zum MWT, der ein Teil des „Erbes“ der Weimarer Zeit und ein bedeutender Faktor der Kontinuität des Interesses für Südosteuropa war, so dass er die wichtige Rolle eines „Forums“ zwischen zwei Perioden der deutschen Geschichte zwischen den Kriegen einnahm, war die SOEG eine Organisation „neuen Typs“, die den Anforderungen der „neuen Zeit“ durch „neue Taktik“ und Methoden entsprach.¹⁴

Die SOEG selbst entstand als „eine vom Geist der Zeit diktierte Notwendigkeit“ und trug sehr deutlich den Stempel der nationalsozialistischen Ideologie, deren „Spross“ sie auch selbst zum großen Teil war.¹⁵ Ihre Gründer und Beschützer neben RWM Walther Funk waren ihr Vorsitzender Josef Bürkel, Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs, sowie der Hauptgeschäftsführer der Gesellschaft, August Heinrichsbauer, der im Februar 1944 auf diesem Posten vom Referenten für Ungarn im Reichswirtschaftsministerium, Hans Augenthaler, abgelöst wurde. Der (Ehren-)Präsident war Baldur von Schirach, Reichsstatthalter und Gauleiter der NSDAP in Wien. Drei ihrer Vizepräsidenten stammten aus den SS-Reihen: Obergruppenführer Karl Hermann Frank, Staatssekretär im Reichsprotectorat für die Böhmen und Mähren, SS-Oberführer Walter Rafelsberger, Bevollmächtigter für die Wirtschaft des Gaus Wien und Bevollmächtigter von von Schirach für den Wirtschaftsaufbau, sowie SS-Brigadeführer Hans Blaschke, Bürgermeister von Wien. Die SOEG war eine „Dachorganisation“ mit der Aufgabe, die Beziehungen zu den Staaten Südosteuropas aufrecht zu erhalten, sie zu festigen und auszubauen: „(...) mit allen Vertretern der Regierungen, den Gremien, Instituten, Gesellschaften, Verbänden und anderen Behörden Verbindungen aufrecht zu erhalten, die mit den Staaten des Südostens Verbindungen haben oder sich mit wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen dieser Staaten befassen“.¹⁶

Hinsichtlich der Unterstützung und Verbindung zur NSDAP-Spitze und zur staatlichen Verwaltung genügt schon ein flüchtiger Blick auf die Mitgliederliste des Präsidiums der SOEG: Carl Clodius, Leiter der Handelspolitischen Abteilung der Wilhelmstraße, Heinrich Hunke, Ministerialdirektor und Leiter der Auslandsabteilung im Propagandaministerium,

¹³ Dietrich Orlow, *The Nazis in the Balkans. A Case Study of Totalitarian Politics*, Pitsburg, 1968. S. 16.

¹⁴ Ebd. S. 17-21.

¹⁵ BA R 63, Bd. 2, *Der Aufbau der Südosteuropa-Gesellschaft*, Dezember 1942; Orlow, *The Nazis ...*, S. 25.

¹⁶ Griff nach *Südosteuropa ...*, S. 54-56.

Ernst Kaltenbrunner, höherer SS- und Polizeiführer beim „Statthalter“ Wiens, der Provinz Ober- und Unterlauf der Donau, SS-Obergruppenführer Werner Lorenz, Leiter der VOMI (Volksdeutsche Mittelstelle) beim Reichsführer der SS, Hans Fischböck, Staatssekretär beim Reichskommissariat für Preise, Präsident der Industrie- und Handelskammer von Wien, SA-Brigadeführer Ph. W. Jung, Emil Krebitsch, Präsident der Wirtschaftskammer der Sudeten, Karl Lange, Vizepräsident der Reichsbank, Albert Pietsch, Präsident der Reichswirtschaftskammer, Wilhelm Zangen, Leiter der Reichsgruppenindustrie, usw.¹⁷

Der „gesamtdeutsche Charakter“ der SOEG wurde durch Verträge über die Zusammenarbeit mit den Organisationen aus Bayern, dem Protektorat sowie mit Schlesien bestätigt.¹⁸ Als „Gesamtaufgabe“ der Gesellschaft wurde die „Pflege der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen des Großdeutschen Raumes mit dem südöstlichen Ländern, ihre Festigung und ihr Ausbau“ betont, während andererseits die „Sonder-Verpflichtung“, welche durch den RWM von den anderen staatlichen und Partei-Stellen zweigeteilt wurde, in der Leitung der Arbeit von Diensten bestand, die ihr schon angeschlossen waren oder dies in der Zukunft sein würden (den Reichsnährstand, die Organe der Wiener Wirtschaftskammer, Wirtschaftsgruppen: für Großhandel, Import-Export-Handel, die Reichsgruppen für Verkehr). Bis zum Herbst 1942 wurde eine Reihe von Ausschüssen für die SOEG gegründet, ihr angeschlossen und auch zur Verfügung gestellt: der „Ausschuss für wissenschaftliche Wirtschaftsplanung“ (Ausschuss für wirtschaftliche Planung, ebenso der Zwölferausschuss), der „Arbeitskreis für Donaufragen“, das „Photogrammetrische Institut“, die „Gruppe für Ernährung und Landwirtschaft“, der „Kulturpolitische Arbeitskreis“, der „Nachrichtendienst“ der SOEG, das Arbeitsgebiet Sava Ulmanski mit der „Nebenstelle für Sonderaufgaben“, der „Ausschuss für Fragen der Rationalisierung der Maiszüchtung in den Südoststaaten“, die „Auskunftsstelle der SOEG für Literatur, Bühne und Musik“, der „Versicherungsausschuss“, die „Gesellschaft der Freunde der Deutschen Akademie in Wien e.V.“, das „Südostseminar der SOEG und der Deutschen Akademie“, usw.¹⁹

Die „wissenschaftlich theoretischen Aufgaben“ bildeten den anderen Pol der Aktivitäten der Gesellschaft und fielen in die Zuständigkeit zahlreicher Institute, von denen eine bestimmte Anzahl für ihre Weiterexistenz Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen hatte. Im Jahr 1944 wurde auch der „Ausschuss der Südostgemeinschaft der Wiener Hochschulen in der SOEG zur wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchung europäischer Großraumfragen“ gegründet, der mit der „Südostgemeinschaft der Wiener Hochschulen“ tätig werden sollte.²⁰ Besonders aktiv waren folgende Institute: das Wiener Institut für Wirtschaftsforschung (eine Zweigstelle des Berliner Instituts für Wirtschaftsforschung, an dessen Spitze sich Professor Wegemann befand); das Wiener Institut zur Erforschung des Konsums und des Verkaufs (eine Zweigstelle der Nürnberger Gesellschaft zur Erforschung des Konsums); das Institut für Südost-Recht (in Zusammenarbeit mit der Juristischen Fakultät der Wiener Universität und der Akademie für deutsches Recht); das Südostinstitut für Landwirtschaft (in Zusammenarbeit mit der Wiener Hochschule für Bodenkultur); die Südost-Forschungsdienste der Bergbau-Hochschule in Löbau u.a.²¹

¹⁷ Ebd., S. 55.

¹⁸ BA R 63, Bd. 2 Der Aufbau ...; Orlow, The Nazis ..., S. 25.

¹⁹ Griff nach Südosteuropa ..., S. 56.

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd.

Die Gesellschaft entfaltete ein weit verzweigtes Netz ihrer „Verbindungsstellen“ und „Außenverbindungsstellen“, welche die „Außenstelle“ Berlin, die „Gesellschaft für Wirtschaftsförderung“, die „Verbindungsstelle“ in München, das „Mittelbekontor“ der SOEG in Magdeburg, die Vertretung in der Slowakei, in Ungarn, Rumänien, Kroatien, Serbien und Griechenland ebenso wie die Bevollmächtigten in der Türkei erfasste. Es wurden Verbindungen mit der Armee, besonders mit der Abwehrstelle beim „Wehrkreiskommando XVII Wien“, mit dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt OKW sowie mit VOMI und dem SD-Leitabschnitt Wien hergestellt.²² Dieses Netz trug dazu bei, dass sich die SOEG in ein Sammelzentrum für Informationen aus dem Südosten verwandelte. Zu den nötigen Daten kam man nicht nur durch Vermittlung eines der erwähnten Dienste. Zahlreiche Reisen und „Feldforschungen“, die bis zum Frühjahr 1941 besonders die Repräsentanten der Gesellschaft in Südosteuropa unternahmen, und der direkte Kontakt mit den Wirtschaftsfaktoren der einheimischen Wirtschaften sowie den dortigen deutschen Repräsentanten trugen zur außerordentlichen Informiertheit bei, die eines der wichtigen Elemente zur Aufstellung der „faktischen Grundlagen“ der SOEG für die wissenschaftliche Planung waren.

Im November 1941 wurde der „Wirtschaftswissenschaftliche Planungsausschuss der SOEG“ in Wirklichkeit in das „Planungsinstitut Südost“ transformiert, für dessen Initiierung sich Gustav Schlotterer verdient gemacht hatte, dessen Idee es war, ein gemeinsames Planungsinstitut für den Südosten aus den um die SOEG und die Reichsgruppe Industrie (RGI) versammelten Fachleuten zu bilden – mit der Aufgabe, die „Koordinierung der Wünsche“ verschiedener deutscher Industrie- und Wirtschaftsdienste auszuüben, bei deren Tätigkeit die Wiener Organisation die führende Rolle spielen sollte.²³ Über die bevorstehenden Aufgaben und den Arbeitsplan wurden im Lauf der ersten Hälfte des Dezember 1941 Gespräche in Berlin geführt (Ilgner, Dr. von Campe, Dr. Reithinger), bei denen Robert Breza, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hauptgeschäftsstelle der SOEG, die Interessen der SOEG vertrat. Breza betonte in einem seiner detaillierten Berichte über die Gespräche, dass sich die Gesprächsteilnehmer darüber einig waren, dass man „die Forschungen selbstverständlich nicht nur auf die Industrialisierung beschränkt konnte, sondern dass sie sich auf den gesamten Komplex von Fragen beziehen mussten, die mit dem Wirtschaftsgebiet in Verbindung standen“.²⁴

Die notwendigen fachlichen Kader für den „Wirtschaftswissenschaftlichen Planungsausschuss“ der SOEG fanden sich vor allem in den Wiener Hochschulen und in wissenschaftlichen Einrichtungen. Die SOEG war auch bestrebt, dass bei der Auswahl der Dissertationen an den Wiener Hochschulen besondere Aufmerksamkeit der stärkeren Einbeziehung der Südost-Problematik gewidmet wurde. Bei der Lösung der Kader-Probleme anlässlich der Gründung des „Planungsausschusses“ rechnete man auch mit der Vermittlung der (konkurrierenden) Organisationen MWT und RGI bei einzelnen Wirtschaftsgruppen.²⁵

²² Ebd.

²³ BA R 63/293, Bd. 1, Wirtschaftswissenschaftlicher Planungsausschuss der SOEG – Zusammenfassende Darstellung der Vorarbeiten, Breza, 4. September 1942; D. Orlow, *The Nazis ...*, S. 102 f.

²⁴ Griff nach Südosteuropa ..., Dok. 65, Aus der Niederschrift von Robert Breza, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hauptgeschäftsstelle der Südosteuropa-Gesellschaft, über Besprechungen in Berlin 5.-12. Dezember 1941, S. 158-162.

²⁵ Ebd., S. 159.

All diese Vorbereitungsarbeiten (die letztlich bis zum Kriegsende in dieser Phase verblieben), die aber auf Weisung der SOEG in den ihr ähnlichen und angeschlossenen Instituten verrichtet wurden, drehten sich um die Erarbeitung des strategischen Vorgehens hinsichtlich der Frage der weiteren Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung Südosteuropas im Rahmen der deutschen „neuen Ordnung“, beziehungsweise der Planung der weiteren Industrieentwicklung der südosteuropäischen Länder und mit ihr in Verbindung stehender anderer Wirtschaftszweige, vor allem der Landwirtschaft, sowie der Aufstellung „der politischen Probleme an die erste Stelle der Erörterungen“.

In Prag wurde Mitte Dezember 1941 ein sehr großes Treffen von etwa 700 Delegierten, Wirtschaftlern, Regierungs- und Parteivertretern aus dem ganzen Reich abgehalten. Außer Funk, Heydrich, Schirach und Frank fanden sich Vertreter der umliegenden „Gäue“, der Sudeten, Ober- und Niederschlesiens, Thüringens, Bayerns, der Ostmark, der Oberen- und Unteren Donau sowie auch aus dem „Generalgouvernement“ ein. Diese repräsentative, anspruchsvolle Versammlung zeigte, dass wenigstens in einigen Punkten eine vollkommene Übereinstimmung aller Spitzenleute des nationalsozialistischen Regimes über die Notwendigkeit eines synchronisierten, geplanten Vorgehens bestand, das eine höhere Stufe der Effektivität der Ausbeutung garantieren würde, wenn es sich um Südosteuropa handelte.²⁶

In den folgenden Monaten ging es um die Festigung der Rolle der SOEG als Grundorganisator und als kooperierender Faktor der Wirtschaften vor allem der „Ostmark“ (Österreich) und des „Protektorates“; aber erst Ende des Herbstes 1942 kam es zur Unterschrift unter den Vertrag über eine Zusammenarbeit der Wiener und Prager Organisationen, welcher die gemeinsame Planungspolitik (auf dem Gebiet des Bankwesens, der chemischen- und metallverarbeitenden Industrie, der Holzeinfuhr, der Erarbeitung von Studien über Wirtschaftsfragen des Südostens – in Zusammenarbeit mit dem Wiener Institut für Wirtschaftsforschung und dem gleichnamigen Prager Institut –, der Festlegung der gemeinsamen Taktik in Verhandlungen mit den Staaten dieses Gebietes, der Presse- und Propagandaarbeit sowie der Kulturpolitik) umfasste. Die Errichtung dieser wirtschaftswissenschaftlichen deutschen Achse Wien-Prag wurde als „Erfüllung des Heydrich-Testaments hervorgehoben.“²⁷

Die SOEG hat nicht nur Informationen gesammelt, sondern sie hat sie auch verteilt. Diese Funktion von außerordentlicher Wichtigkeit erfüllte sie durch Veröffentlichung „Vertraulicher Wirtschaftsnachrichten der Südosteuropa-Gesellschaft“ – angefangen vom Mai 1941 –, die in Form eines Tages- und Wochen-Informationsbuletins an die Adresse der interessierten Firmen und Agenturen erging. Franz Ronneberger, Leiter der Wiener Presseabteilung des Außenministeriums und Redakteur der Wiener Ausgabe des Parteiblattes „Völkischer Be-

²⁶ BA R 63/279, „Tagung der SOEG und der deutschen Gesellschaft der Wirtschaft in Böhmen und Mähren“, Prag, Dezember 1941. In der Publikation wurden veröffentlicht die Referate von: Heydrich (Die Wirtschaft als maßgeblicher Faktor der staatlichen und politischen Neuordnung Böhmens und Mährens im Reich), von Schirach (Wien und Südosteuropa), Funk (Die Aufgabenstellung der Wirtschaft Großdeutschlands), Rafelsberg (Die Aufgaben Wiens im Rahmen der Wirtschaftsbeziehungen des Reiches), Hayler (Die Aufgaben des deutschen Handels im neuen Europa), B. Adolf (Die Wirtschaft des Protektorats Böhmen und Mähren in ihren Beziehungen zum Südosten). Vgl. dazu auch D. Orlow, *The Nazis ...*, S. 78 f.

²⁷ Griff nach Südosteuropa ..., Dok. 98, Schreiben von A. Heinrichsbauer an Bernhard Adolf, Generaldirektor des Vereins für chemische und metallurgische Produktion sowie Präsident der Deutschen Gesellschaft der Wirtschaft in Böhmen und Mähren, 24. November 1942. – R. Heydrich verstarb an den Folgen des Attentats, das Angehörige der tschechischen Widerstandsbewegung auf ihn machten; D. Orlow, *The Nazis ...*, S. 72 ff.

obachter“, war für deren Herausgabe verantwortlich.²⁸ Einen anderen Charakter hatten die Ausgaben, die unter dem Namen „Schriften der Südosteuropa-Gesellschaft Wien“ erschienen; ebenso wie einige andere Publikationen, für die ebenfalls die SOEG verantwortlich war – wie die Arbeit des Wirtschaftsanalytikers Hans F. Zeck über die Erfahrung mit dem Einsatz der Arbeitskraft aus Südosteuropa in der Wirtschaft des Reiches²⁹ und ein Dokument über den Zustand der deutschen und italienischen Wirtschaftsbeziehungen in Südosteuropa seit Kriegsausbruch.³⁰

Die Übersicht der bearbeiteten und begonnenen theoretisch-wissenschaftlichen Untersuchungen, die seit Anfang August 1943 in der SOEG veröffentlicht wurden, verschafft eine Vorstellung über deren große Aktivität.³¹ Wichtig für die Arbeit der Gesellschaft waren die Beziehungen zu den Ministerien, die sich bei jedem Versuch, „ihr Terrain“ zu betreten, als empfindlich erwiesen. So verwandelte sich die anfängliche Unterstützung Ribbentrops (er postierte Clodius als seinen Vertreter im Präsidium der Gesellschaft wahrscheinlich deswegen, um von innen heraus die [Präsidiums-]Arbeit im Auge zu behalten) in Feindschaft wegen eines Plans, hinter dem Schirach und sein Helfershelfer (Günter Kaufmann) standen, über die Gründung der „Gesellschaft Prinz Eugen“. In einer Analyse der Lage Anfang Mai 1942 wurde die Beurteilung vorgebracht, dass man „die Katastrophe verhindern kann, wenn energische Maßnahmen unternommen werden und die alte Grundlage des Vertrauens im Verhältnis zum Wirtschafts- und Außenministerium hergestellt wird“. Es scheint so, dass es zur Krise der SOEG in den Beziehungen zu ihrem Gönner, Wirtschaftsminister Funk, kam, so dass auch in diesem Fall die Wiederherstellung des „alten Vertrauens“ gesucht wurde.³²

Aus der Gesellschaft kam auch Anfang Mai 1942 die Forderung, dass in der Beziehung zum RWM und zur Wilhelmstraße „zukünftig nicht mehr die Situation entstehen darf, dass die SOEG bei Industrieverhandlungen nur formal und nicht de facto einbezogen wird“, beziehungsweise „dass der Vertreter der SOEG durch Kenntnis der Fakten und Kenntnis der Verhältnisse legitimiert sein und an den Verhandlungen teilhaben muss“.³³ Es ist offensichtlich, dass aus Berlin – durch häufige Berufung auf die „Kriegsaufgaben“ – wiederholt die Warnung an die Gesellschaft gerichtet wurde, sich nicht zu sehr in Angelegenheiten einzumischen, durch die Berlins operative Aufgaben in Südosteuropa zurückgedrängt würden, vor allem hinsichtlich der Knüpfung von Verbindungen mit den Wirtschaften der Länder dieses Gebietes.³⁴

Indem sie ihre autonome Position und ihren Einfluss ausbaute, war die Wiener Gesellschaft während ihres fast fünfjährigen Bestehens mit rivalisierenden Tendenzen konfrontiert, die von außen kamen. Der **„Südausschuss der Reichsgruppe Industrie“ (SA RGI)** ist einer in

²⁸ Im BA R 63, angefangen von der Nummer 256 bis 277, befinden sich aufbewahrte Publikationen, die in der Zeit von 1941 bis 1944 über einzelne Wirtschaftsthemen veröffentlicht wurden; siehe: BA R 63/256, Stand und Möglichkeiten der Energieversorgung des südosteuropäischen Raumes, 1941. Dies ist ein Bericht, der im Wiener Institut für Wirtschaftsforschung entstanden ist.

²⁹ BA R 63/269, H. F. Zeck, Erfahrungen mit dem Einsatz in Südosteuropäischen Länder, 1943.

³⁰ BA R 63/ 267, Der italienische Einfluss auf die Industriewirtschaft in Südosteuropa seit Kriegsbeginn, 1943.

³¹ IWW Kiel, Im Rahmen der Südosteuropa-Gesellschaft bearbeitete theoretisch-wissenschaftliche Untersuchungen – Stand: 1. August 1943. Vertraulich.

³² D. Orlow, The Nazis ..., S. 35 f. und 75; BA R 63/252, Aktenvermerk, Dr. Kraatz, 6. Mai 1942.

³³ Ebd.

³⁴ BA R 63/293, Bd. 1, Bemerkungen zu Themen- und Organisationsplan des Planungsausschusses der SOEG, 12. August 1942.

der Reihe ähnlicher, im Herbst 1941 gegründeter Ausschüsse auf dem Höhepunkt der erfolgreichen deutschen Kriegsoffensive im Osten.³⁵ Anlässlich der Gründung und der Tätigkeit des Ausschusses wurde Rückhalt bei einer anderen, ins Wanken geratenen Organisation für den Südosten – dem MWT – gesucht. Unter Berücksichtigung der Erfahrung des MWT und der Zusammensetzung seiner Mitglieder kann man in der Situation, die durch „Personalunion“ mit dem RGI und der Gründung des „Ausschusses“ neu entstanden war, sagen, dass der Versuch zu seiner „Verschmelzung“ in den SA RGI unternommen wurde.³⁶

Der Südostausschuss der RGI (erste Sitzung SA RGI am 7. November 1941) mit seinen Länderausschüssen bildete das Fundament der Pyramide des RGI und war ein Teil des organisatorischen Instrumentariums für die planmäßige Einwirkung auf die Wirtschaft Südosteuropas als Teil des europäischen Großraumes. Die Länderausschüsse des Südostausschusses RGI wurden durch neue einflussreiche Mitglieder Anfang des Jahres 1942 verstärkt.³⁷

Mitte Juli 1941 traten RGI und MWT öffentlich mit einem gemeinsamen Vorschlag über die Reorganisation der Arbeit der bestehenden Agenturen auf, die sich mit dem Südosten Europas befassten. Es wurde gefordert, dass im Rahmen der Aufgaben „(...) alle auf diesem Gebiet einbezogenen, beziehungsweise qualifizierten Organisationen in dem gesamten großdeutschen Raum unter einem gemeinsamen Nenner vereinigt werden“. Aber hinter dem Antrag stand, wie im Dokument selbst formuliert war, der Wunsch, den „offiziellen Charakter“ der SOEG als Deckmantel zu nutzen, hinter dem RGI und MWT agieren würden. Wenn es um die Planung der Industrieentwicklung im Südosten ging, hätte dies bedeutet, dass ihre Federführung der RGI überlassen werden sollte bzw. ihrem neu gegründeten Südostausschuss, der durch „Personalunion“ mit dem „Industrieausschuss“ des MWT verbunden war.³⁸

Die vorgeschlagene Arbeitsperspektive und Rolle der neuen Wiener Organisation (SOEG) als Paravent und Helfershelfer in der planerischen Tätigkeit für die älteren und äußerst einflussreichen Organisationen hätte ihre totale Desavouierung bedeutet, so dass zunächst der Vorschlag ohne ein positives Echo in ihrer Führung blieb. Auf ihn wurde einige Monate später erneut verwiesen – in einer Zeit, als der Südostausschuss RGI für offiziell erklärt wurde. Auch bei dieser Gelegenheit sprach man davon, nebst Berufung auf die Genehmigung durch Minister Funk, dass bei der Zusammenarbeit die SOEG „die erste Phase der Südost-Planung, beziehungsweise die wirtschaftswissenschaftliche Vorbereitung übernehmen sollte“.³⁹

Ende 1941 / Anfang 1942 kam aber in der Reichsgruppe Industrie die Meinung auf, dass die bestehende Vereinbarung mit dem MWT, mit der sich diese Organisation der Führung der

³⁵ Griff nach Südosteuropa ..., Dok. 51, Aus dem Protokoll der 16. Sitzung des Südosteuropaausschusses der IG Farbenindustrie AG, 24. September 1941.

³⁶ Griff nach Südosteuropa ..., Dok. 45, Schreiben von W. Zangen, Leiter der Reichsgruppe Industrie, an T. Fr. von Wilimovsky, 7. August 1941.

³⁷ BA R 63/153, Protokoll über die konstituierende Sitzung des Südostausschusses der Reichsgruppe Industrie am Freitag, 7. November 1941; Anatomie der Aggression ..., Dok. 32, Bericht der RGI über die Sitzung ihres Außenhandelsausschusses am 8. November 1941, S. 152-158.

³⁸ BA R 63/143, Vorschlag der Reichsgruppe Industrie und des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages für die Wirtschaftsplanungen im südosteuropäischen Raum. 14. Juli 1941. Das Dokument hatten – im Namen ihrer Organisationen – Zangen (RGI) und von Wilimovsky (MWT) unterschrieben.

³⁹ Gerhart Hass / Wolfgang Schumann (Hrsg.), Anatomie der Aggression: Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg, Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1972, Dok. 32, Bericht der RGI über die Sitzung ihres Außenhandelsausschusses, 8. November 1941, S. 154.

RGI unterstellte, die Erwartungen nicht erfüllte – wie der Leiter der Abteilung des Außenhandels der RGI, von Kampe, in einem Gespräch mit der Auslandsorganisation (AO) der NSDAP äußerte.⁴⁰ Die parallele Tätigkeit in den Ländern Südosteuropas hinsichtlich der Fragen der Industrieverhandlungen führte infolge der Einmischung des MWT zu einer Situation, in der bei den dortigen Industrien eine regelrechte Konfusion entstand – „dass man nicht mehr wisse, ob und an wen sich MWT oder RGI anlässlich der Verhandlungen zu halten“ haben.⁴¹ Deswegen wurden in der RGI Stimmen gegen die weitere Zusammenarbeit mit dem MWT laut. August Heinrichsbauer hatte am 9. Februar 1942 (im Namen der SOEG) einen Brief an den Geschäftsführer der RGI, Karl Guth, gerichtet mit dem Vorschlag, eine noch engere Zusammenarbeit zu vereinbaren.⁴²

Die derart vorgebrachten Standpunkte bieten ein vollständigeres Bild der verworrenen konkurrierenden Verhältnisse und des Kampfes um den Einfluss bei der Lenkung der planerischen Tätigkeiten, die für die Länder Südosteuropas vorgesehen waren, welche mit ihrem Wirtschaftspotenzial, vor allem den Rohstoffquellen, in der künftigen „neuen Wirtschaftsordnung“ des Großraumes eine bedeutende Stellung einnehmen sollten. – Anfang 1942 herrschte die Meinung, dass es die deutsche Stellung ermögliche, mit Rücksicht auf die Paralyse aller wirtschaftlicher Konkurrenzeinflüsse im Südosten „die bis dahin undenkbarsten Möglichkeiten“ maximal auszunutzen und alle übrigen Rücksichtnahmen gegenüber den vorhandenen Bestrebungen nach irgendeiner ökonomischen „Unabhängigkeit“ fallen zu lassen, die eher halblaut als offen vorgebracht und restlos von der Wirtschaft des „Großwirtschaftsraumes“ assimiliert wurden.⁴³

Im August 1943 schrieb Hans F. Zeck seine ausführliche Analyse über Südosteuropa als Arbeitskraftquelle für die deutsche Wirtschaft. Eine allgemeine Einschätzung bestand darin, dass hinsichtlich der Ausnutzung der Arbeitskräfte aus dem Südosten ein befriedigendes Maß nicht erreicht worden war. Wenn man das Zahlenverhältnis der Einwohner Frankreichs, Belgiens und Hollands (ca. 53 Millionen) und die der Einwohnerzahl Südosteuropas (an die 58 Millionen) berücksichtigte, war der Unterschied bei dem „Beitrag“ der Arbeitskräfte auffallend unverhältnismäßig: Der Südosten hatte an die 250.000 „Freiwillige“ gegeben gegenüber fast einer Million aus Westeuropa stammenden Arbeitern. Eine optimistischere Schätzung sprach von 1,5 Millionen Arbeitern aus Südosteuropa in den nächsten 15 Jahren.⁴⁴

Sowohl die RGI als auch die SOEG hatten ihre gemeinsame Aktivität hinsichtlich der Vorbereitungen für die Industrieplanung in einem kurzen Zeitraum entwickelt. Als ihr einziges Ergebnis hinterließen sie einige Anfangsentwürfe und unvollendete Diskussionen, die dennoch von großer Bedeutung für das Verständnis und die Rekonstruktion des Rahmens für die Pläne und Absichten waren, in denen diese „Vorbereitungsarbeiten“ abgewickelt wurden. Derartig ärmliche Ergebnisse stehen in großem Missverhältnis zu der Zeit und den Kräften, die auf gegenseitige Konflikte und Kämpfe einzelner Interessengruppen im Rahmen der deut-

⁴⁰ Griff nach Südosteuropa ..., Dok. 69, Aufzeichnung von Kutsche, Mitarbeiter im Außenhandelsamt der Auslandsorganisation der NSDAP, 26. Januar 1942, S. 166 f.

⁴¹ Ebd.

⁴² Griff nach Südosteuropa ..., Dok. 73, Aus dem Schreiben von A. Heinrichsbauer an Karl Guth, 9. Februar, S. 173-175.

⁴³ Griff nach Südosteuropa ..., Dok. 69, Aufzeichnung von Kutsche, Mitarbeiter im Außenhandelsamt der Auslandsorganisation der NSDAP, 26. Januar 1942, S. 166 f.

⁴⁴ BA R 63/269, H. F. Zeck, Erfahrungen mit dem Einsatz in südosteuropäischen Länder, 1943.

schen südöstlichen Wirtschaftsagenturen vergeudet wurden. Gleichzeitig zeugt die Existenz einiger derartiger, der Zielsetzung nach identischer Organisationen von der organisatorischen Hypertrophie und der Existenz partieller Interessen, die sich aber keineswegs von der allgemeinen Richtung hervortaten und abhoben, in der sich die deutsche nationalsozialistische Wirtschaftspolitik gegenüber Südosteuropa bewegte.

Anstelle des geplanten und geordneten Vorgehens, das in den Diskussionen als Hauptargument hochgespielt wurde, fand in der Praxis offener Raub statt – „improvisiert“ und „nicht geplant“ –, der auch die verbissendsten einheimischen südosteuropäischen Befürworter der „neuen europäischen Ordnung“ von der Illusion einer „Wirtschaftszusammenarbeit“ mit dem Dritten Reich und seiner Unterstützung der Industrialisierung und Modernisierung Südosteuropas sowie von Maßnahmen der sozialen Umgestaltung befreite. Ihre verspäteten Versuche, sich aus der Umklammerung des Reiches zu befreien, die sie nach Stalingrad nunmehr nicht mehr zu einem in neo-feudalistischer Art aufgebauten System der „neuen europäischen Ordnung“, sondern zum steilen Abgrund einer sicheren Niederlage und eines Untergangs führte, waren kläglich, energielos und verspätet.